

# QUARTALSBERICHT

**Projektland: Albanien**

**Quartal/Jahr: III/2011**

## SCHLAGZEILEN

- 1. Endgültiges Ergebnis der Kommunalwahl vom 8. Mai bekanntgegeben**
- 2. Veröffentlichung des OSZE-Berichts zu den Kommunalwahlen**
- 3. Der neue Bürgermeister von Tirana Lulzim Basha tritt sein Amt an**
- 4. Entwicklungen innerhalb der Parteien**
- 5. Eröffnung der Parlamentssaison, PS verkündigt einen „neuen“ Kurs**
- 6. Bundesminister Dirk Niebel zu Besuch in Albanien**

### **Endgültiges Ergebnis der Kommunalwahl vom 8. Mai bekanntgegeben**

Die Kommunalwahlen vom 8. Mai und die Prozesse, die diese Wahlen begleiteten, sei es in Hinsicht auf die Wahlverwaltung oder in politischer Hinsicht, waren auch im letzten Quartal im Fokus. Diese Wahlen wiesen zwar eine bessere Vorstellung als die vergangenen Wahlen auf, jedoch litten sie unter der albanischen „chronischen Krankheit“: die Verzögerung des Auszählungsprozesses, Anfechtung des Wahlergebnisses und Anspannung der politischen Lage.

Dies war Ergebnis einer bereits angespannten Lage, die den Wahlen vorausging aber auch der Entwicklungen, die zu den Ergebnissen in einigen Städten und Gemeinden führten. Der wichtigste Punkt bleibt die Niederlage der Opposition in der Hauptstadt Tirana, eine Niederlage des Chefs der Sozialistischen Partei (PS) Edi Rama, welcher seit 2001 den Posten des Bürgermeisters innehatte.

Die Verzögerung des Auszählungsprozesses für den Gewinner der Hauptstadt Tirana sowie einige umstrittene Entscheidungen der Zentralen Wahlkommission in Bezug darauf, wie zum Beispiel die Gültigkeit von in die falschen Urnen eingeworfenen Stimmzetteln, die das Wahlergebnis für den Bürgermeister beeinflusst haben, komplizierten den Prozess und stellten die Glaubwürdigkeit der Zentralen Wahlkommission einigermaßen in Frage.

Allerdings, trotz ihrer Vorwürfe, war die Opposition nicht sehr aktiv in ihren Reaktionen und politischen Initiativen und dies führte dazu, dass ihre Proteste keine breite Unterstützung in der Öffentlichkeit fanden.

Aufgrund der Verzögerung des Wahlprozesses und der Verkündung des Wahlergebnisses, welches erst im September bekannt gemacht wurde, lauten die endgültigen Wahlergebnisse wie folgt. Auf Wahlbündnisebene konnte das von der DP geführte “Bündnis für den Bürger” die Kommunalwahlen auf Landesebene mit insgesamt ca. 733.000 Stimmen gegenüber dem von der SP geführten “Bündnis für die Zukunft” (mit 662.000 Stimmen) gewinnen. Im Vergleich der Parteien konnte jedoch die SP auf Landesebene einige Tausend Stimmen mehr als die DP erreichen.

Das Resultat für die DP (und das von ihr geführte Wahlbündnis “Bündnis für den Bürger”), das mit 70.000 Stimmen in Führung lag, bedeutet trotzdem einen Erfolg für die Regierungsmehrheit, vor allem weil das Land sich in einer politischen Krise befand und bis vor einigen Monaten gegen hochrangige Amtsträger Korruptionsvorwürfe erhoben worden waren, was zum Rücktritt des Vize-Premierministers und Parteichefs von LSI, Sozialistische Bewegung für Integration, **Ilir Meta**, führte.

Das Ergebnis der Auszählung zeigte, dass die Sozialistische Partei in den meisten Gemeinden gewonnen und somit ihre bisherigen Ergebnisse bestätigt hat sowie in weiteren Bezirken, die traditionell als Bastionen der Demokratischen Partei bekannt sind, ausgebaut hatte. So wird die SP die wichtigsten Städte des Landes wie Durres, Vlora, Korca, Fier, Elbasan, Saranda, Gjirokastra, Pogradec, Kavaja regieren. Die DP dagegen ging als Sieger in Shkodra, Kruja, Peshkopi, Lezha, Tropoja, Kukës und einigen anderen kleinen Gemeinden aus den Wahlen hervor. Jedenfalls ist der Sieg des DP-Kandidaten **Basha** in der Hauptstadt Tirana, wo ein konservativer Kandidat seit 11 Jahren keinen Sieg mehr erzielen konnte, ein großer Erfolg für die Regierungsmehrheit und für ihn selbst, besonders weil er gerade gegen SP-Parteichef Edi Rama gewinnen konnte. Ein weiterer Aspekt ist die Tatsache, dass die von Premierminister Berisha geführte Regierungskoalition in den meisten Gemeinden des Landes gewinnen konnte, die bei den letzten Kommunalwahlen 2007 noch als SP-Hochburgen galten

### Veröffentlichung des OSZE-Berichts zu den Kommunalwahlen

Der 30-seitige OSZE-Schlussbericht bezeichnete die Wahlen als gut, ruhig und kompetitiv. Der endgültige Bericht des ODIHR (Office for Democratic Institutions and Human Rights) zu den Kommunalwahlen spiegelte das wider, was die meisten albanischen BürgerInnen, die am 8. Mai an die Urne gingen, erlebten. Der Verlauf war insgesamt gut, ruhig und konkurrierend, aber die Wahlaufsicht hinterließ einen schlechten Geschmack bezüglich dessen, was nach dem Wahltag kam.

Die Schaffung und Umsetzung neuer ad hoc-Prozeduren nach der Auszählung durch die Zentrale Wahlkommission gaben den Eindruck, dass das Wahlergebnis am Tisch geändert wurde. Auch wenn die Sozialistische Partei diesbezügliche Vorwürfe erhob, konnte sie der Öffentlichkeit keine konkreten Beweise für eine Manipulation vorlegen. Die Beweise, die die Sozialistische Partei vor das Wahlgericht brachte, wurden von diesem nicht berücksichtigt mit der Begründung der Überschreitung der gesetzlichen Frist. Somit erreichte der zum Gewinner

erklärte Kandidat sein Ziel nicht durch eine klare Stimmenmehrheit, sondern durch eine Interpretation der gesetzlichen Frist durch das Wahlgericht.

Nachdem die OSZE den Wahlprozess und ihren Verlauf überwacht hat, verfasste sie eine Liste mit 26 Empfehlungen. Die Umsetzung dieser Empfehlungen zielt auf die Verbesserung des rechtlichen Rahmens für die ordnungsgemäße Durchführung künftiger Wahlen ab.

Die Entwicklung des Kommunalwahlprozesses in Albanien zeigte die Schwachpunkte des Wahlgesetzes und des albanischen politischen Systems auf. Das Erkennen und Identifizieren dieser Probleme dient als Basis für die Änderungen des Wahlgesetzes. Auf diesem Grund müssen die politischen Parteien guten Willen zeigen um würdige, zufriedenstellende Parlamentswahlen gemäß den EU-Standards im Jahre 2013 zu gewährleisten.

Die politischen Parteien müssen zu Gunsten der Entwicklung Albaniens ihre Zusammenarbeit auch auf andere Bereiche ausdehnen und den permanenten politischen Konflikt beilegen. Das wäre eine gute Basis für neue Perspektiven, ein gutes soziales Klima und optimale Bedingungen zur Konsolidierung der Demokratie, eine Stärkung und Unabhängigkeit der Institutionen sowie eine neue Perspektive für den EU-Beitritt.

Einige der OSZE-Empfehlungen sind:

Die Parteien sollen den politischen Willen zur Durchführung von demokratischen Wahlen in Übereinstimmung mit der Wahlordnung zeigen. Sowohl die Parteimitglieder in den Wahlkommissionen als auch die Beamten, die mit Funktionen bei Wahlen beauftragt sind, sollen ihre Aufgaben in verantwortungsvoller Weise und im allgemeinen Interesse Albaniens wahrnehmen.

- Eine Wahlrechtsreform muss sofort vor den nächsten Parlamentswahlen 2013 aufgenommen werden. In der Diskussion über die Reform des Wahlrechts sollen nicht nur die politischen Parteien, sondern auch die Zentrale Wahlkommission, die zuständigen staatlichen Behörden und lokalen Monitoring-Gruppen einbezogen werden.
- Die Formel für die Zusammensetzung der Zentralen Wahlkommission kann überprüft werden, um das Vertrauen in ihre Unabhängigkeit und die unparteiische Anwendung des Wahlgesetzes zu verbessern.
- Die politischen Parteien müssen die gesetzlichen Fristen für die Einschreibung der Parteien, der Kandidaten, den Druck der Stimmzettel, Einlegung von Rechtsmittel etc. einhalten. Das Wahlgesetz soll ferner die zu ergreifenden Maßnahmen festlegen, wenn Termine nicht eingehalten werden.

- Die staatlichen Medien sollten nicht mehr die Rolle der Organe der Regierungsbüros und der politischen Parteien übernehmen.
- Im Falle, dass im Wahlprozess Verstöße gegen das Gesetz festgestellt würden, sollte man harte Maßnahmen zur Bestrafung ergreifen.

Deshalb wird eine Wahlrechtsreform notwendig für die kommenden Parlamentswahlen in Albanien 2013. Der OSZE/ODIHR- Bericht betont die Notwendigkeit der Entpolitisierung der Verwaltung des Wahlprozesses. Die Änderung der Zusammensetzung und Funktionsweise der Zentralen Wahlkommission ist der Kern dieser Wahlrechtsreform. Die OSZE und ODIHR stellen fest, dass das Vertrauen der Wähler und der Politiker in die Zentrale Wahlkommission sehr gering ist. Der Bericht betont darüber hinaus, dass mehrere Beschlüsse der Zentralen Wahlkommission bei den letzten Kommunalwahlen unklar waren und nicht auf der rechtlichen Grundlage beruhten, vor dem Hintergrund, dass der politische Druck auf diese Institution, geteilt zwischen den wichtigsten Parteien im Lande, hoch ist.

Als Fazit kann gezogen werden, dass die Kommunalwahlen vom 8. Mai bisher die besten waren, die in Albanien durchgeführt wurden. Die albanischen BürgerInnen zeigten Einsicht, Willen und demokratische Verantwortung, indem sie ruhig und besonnen wählten. Die Auszählung war zufriedenstellend und besser als die letzte im Jahr 2009. Die Tatsache, dass es keinen klaren Gewinner in Tirana gab, führte zu schwerwiegenden Problemen bei der Wahlaufsicht und zeigte den starken negativen Einfluss der politischen Parteien auf die Institution und die Wahlaufsicht. Dies beeinträchtigt das Vertrauen der BürgerInnen in die Integrität der im Wahlprozess beteiligten politischen Akteure.

### **Der neue Bürgermeister von Tirana Lulzim Basha tritt sein Amt an**

Der Amtswechsel in der Stadtverwaltung Tirana, das Entleeren des Büros durch Ex-Bürgermeister Edi Rama und seine Ablehnung, dem neuen Bürgermeister Lulzim Basha das Amt zu übergeben, waren im Zentrum der Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit.

Bashas Profil, welcher als Nachfolger Berishas gesehen wird, ist das eines jungen, seriösen, aufmerksamen und dynamischen Politikers. Seine ersten Erklärungen als Bürgermeister sind bei den Einwohnern Tiranas sehr gut angekommen. Ihm bleiben aber seine im Wahlkampf gemachten Versprechen zu erfüllen. Diese beziehen sich auf den Bau des neuen Rings für Tirana, eine neue Steuerpolitik für Kleinunternehmen und Dynamik im Baulegalisierungsprozess. Schon am Anfang seines Mandats stand der Oberbürgermeister vor einer problematischen Frage, die illegalen Bauten, die sich in den letzten Monaten zugenommen hatten. In dieser Hinsicht zeigte sich die städtische Polizei energisch, indem sie viele illegale Bauten in der Stadt sperrte und abriß. Allerdings steht Basha noch Einiges bevor, wie die Beziehungen im Stadtrat und die Verabschiedung des Budgets für das nächste Jahr, denn die sozialistischen Berater werden aufgrund der nach den Wahlen entstandenen Konfliktrichtigkeit versuchen, die Abstimmung zu

blockieren. Premierminister Berisha erklärte in einer Pressekonferenz, seine Regierung werde die Projekte des Rathauses von Tirana unterstützen. Demzufolge sei vorgesehen, zuerst den seit zehn Jahren verzögerten Bau der grossen Ringbahn von Tirana abzuschließen.

### **Entwicklungen innerhalb der Parteien**

Das Wahlergebnis der Kommunalwahlen brachte unterschiedliche Entwicklungen innerhalb der beiden größten politischen Lager. Während die Demokratische Partei (PD) sich in einer komfortablen Position befindet und die internen Entwicklungen dem Willen des Premierministers entsprechen, wird in der Sozialistischen Partei (PS) nach dem Verlust des Rathauses von Tirana erwartet, dass die Auseinandersetzungen und die Vorwürfe gegen Parteichef Rama noch virulenter werden.

Im September wählte die Demokratische Partei (PD) ihren neuen Nationalrat und Parteivorstand. Das Besondere an dieser Abstimmung war, dass sie wichtige Persönlichkeiten aus den leitenden Parteiorganen entfernte, die als Unterstützer von Staatspräsident Bamir Topi gelten. Die Abstimmung zeigte außerdem einige anderen Seiten, die mit der Zukunft anderer Personen und des Nachfolgers des Parteichefs der PD verbunden sind. So resultierte Lulzim Basha nach seiner Wahl als Bürgermeister Tiranas als einer der meist gewählten Politiker in der PD.

Im sozialistischen Lager ist die Lage chaotischer, denn Rama wird auch von Abgeordneten angegriffen, die ihn bisher unterstützt haben. Zwei Abgeordnete, Islami und Harasani haben sich deutlich gegen ihn positioniert, sodass man sie in der Partei nicht als Teil der parlamentarischen Fraktion betrachtet. Der ehemalige Wirtschaftsminister Arben Malaj führt zurzeit eine Reihe von Treffen mit PS-Mitgliedern landesweit durch und stellt ein neues politisches Programm vor, dem die PS folgen sollte. Kritisch sind auch andere Abgeordnete. Des weiteren scheinen auch die Gespräche der linken Koalition nicht zu funktionieren. Die Koalitionspartner vertrauen Rama und seiner Politik nicht mehr und aus den Gesprächen entfernen sich die Menschenrechtspartei (PBDNJ) und die Partei Soziale Demokratie (PDS).

Der Parteitag, in dem über die neuen PS-Parteiorgane und das neue Parteiprogramm abgestimmt werden soll, wird voraussichtlich im November stattfinden und keine einfache politische Schlacht für Rama sein. Selbst wenn er daraus als Gewinner hervorgehen sollte, bestünde das Risiko, dass die PS in zwei oder drei Parteien gespalten wird. Rama zeigt sich nicht kooperativ und sieht sein weiteres Bestehen als PS-Parteichef um jeden Preis mit der Zunahme politischer Spannungen mit der PD verbunden.

## **Eröffnung der Parlamentssaison, PS verkündet einen „neuen“ Kurs**

Die Warnung der EU, wonach Albanien die Voraussetzungen für die Gewährung des EU-Kandidatenstatus nicht erfüllt und somit den Integrationsprozess gefährdet, bringen die Krisenfrage zurück zum Ausgangspunkt, also im Parlament, wo die Opposition seit zwei Jahren die Bewilligung von Gesetzen, die eine qualifizierte Mehrheit verlangen, blockiert hat. Diese Gesetze sind ein wichtiger Bestandteil der 12 Punkte, die Albanien zu erfüllen hat.

Deshalb spiegelte die Parlamentsaktivität im September diesen Konflikt wider. Trotz der Erklärungen der PS, wonach sie Teil der Reformen werden würde, zeigten die von ihr gesetzten Bedingungen, dass sie ein Grund für die Verschiebung der Abstimmung waren. Einige Tage vor dem Beginn der Parlamentssaison stellte PS-Parteichef Rama ein Programm vor, das er den neuen Kurs der SP nannte.

In der Tat enthielt das Programm außer seinem Namen nichts Neues. Dies wurde auch von den Medien und Analysten bestätigt. Diesbezüglich erklärte sich Rama dazu bereit, dass die PS zur Zukunft des Landes beitragen und die Partei ihren politischen Kampf künftig im Parlament und nicht auf der Straße weiter führen werde. Jedoch ließ sich im Parlament feststellen, dass die PS nicht nach diesen Ansätzen handelte, sondern eine andere Agenda hatte, nämlich die Blockade. Nach mehreren Debatten, in denen es meistens mehr um die Kommunalwahlen ging, als um die Tagesordnung des Parlaments, fehlten die Stimmen der PS wieder. Anschließend präsentierte Rama im Rahmen einer Pressekonferenz zehn Punkte, die die Bedingungen zur Zusammenarbeit mit der DP darstellen sollten. Es fiel auf, dass die zehn Punkte in Eile entworfen waren und dass sie keine politisch durchdachte Meinung enthielten. Danach fordert die PS eine neue Parlamentsordnung und setzt für die Ernennung des neuen Leiters des Rechnungshofes, des Ombudsmanns, des Nationalbankgouverneurs sowie des neuen Staatspräsidenten, welcher im Juli 2012 gewählt werden soll, die Nominierung von konsensfähigen Kandidaten voraus. Gleichzeitig fordert diese Partei Verfassungsänderungen in Bezug auf das Wahlgesetz.

Auf der anderen Seite wies Premierminister Berisha das Stellen von Bedingungen zurück und erklärte, im Falle, dass der Integrationsprozess scheitern sollte, Rama die Verantwortung dafür übernehmen müsse. Ferner äußerte er sich dazu bereit, im Parlament über die Wahlrechtsreform zu diskutieren, allerdings ohne unvernünftige Bedingungen zu stellen.

## **Bundesminister Dirk Niebel zu Besuch in Albanien**

Der Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Dirk Niebel, traf sich im Rahmen seines dreitägigen Besuchs in Albanien mit Premierminister Berisha, Wirtschaftsminister Naco und Vertretern der Opposition unter der Leitung des PS-Abgeordneten Ditmir Bushati.

Im Gespräch mit Premierminister Berisha wurde betont, dass die Zusammenarbeit mit Deutschland für die langfristige wirtschaftliche Entwicklung Albanien ausschlaggebend ist. Ferner wurde auch über weitere strategische Bereiche gesprochen, wie der Energiesektor, die Verbesserung der Trinkwasserversorgung und Abwasserentsorgung, die Umwelt, die Unterstützung für Berufsbildung, sowie Klein- und Mittelstandsunternehmen etc, welche im Fokus der deutschen Hilfe stehen.

Niebel besuchte einige Gebiete Albanien, in denen deutsche Entwicklungsprojekte für die Bevölkerung durchgeführt werden. Im Bezirk Shkodra besuchte er ein derzeit abgeschlossenes Projekt, 400 Kilovolt Übertragungsleitung zwischen Albanien und Montenegro sowie ein weiteres Projekt: Der Gewässerschutz des Shkodra-Sees. Der Bundesminister, begleitet von Vertretern der albanischen Regierung, Abgeordneten sowie Infrastrukturrexperten etc, weihte die Verbindungsleitung von Berat nach Kucova ein, als Teil des Projekts "Wasserversorgung Mittelalbanien".

Bundesentwicklungsminister Niebel führte des Weiteren auch eine Pressekonferenz durch. Er zog eine Bilanz der deutsch-albanischen Zusammenarbeit seit 1988 und äußerte sich zufrieden mit dem Entwicklungsprozess der deutschen Hilfe: von der Anfangsphase, welche Hunderte von Kühen für die Ernährungsversorgung der albanischen Bevölkerung umfasste bis heute zu nachhaltigen Partnerschaftsprojekten. *„Dies hat mit der Veränderung der allgemeinen Bedingungen in den letzten 15-20 Jahren in Albanien zu tun, die dieses Land von einem Diktatorland der „Steinzeit“ in ein Land, das heute die EU-Mitgliedschaft anstrebt, verwandelten. Unser wichtigstes Ziel ist die Unterstützung Albanien bei seiner EU-Annäherung, aber der Ablauf und die Dauer des Prozesses wird von Albanien selbst bestimmt“*, - so der Minister.

Nertila Mosko

Die Autorin ist Leiterin der Vertretung der Hanns-Seidel-Stiftung in Albanien

#### IMPRESSUM

Erstellt: 10.10.2011

Herausgeber: Hanns-Seidel-Stiftung e.V., Copyright 2011

Lazarettstr. 33, 80636 München

Vorsitzender: Dr. h.c. mult. Hans Zehetmair, Staatsminister a.D., Senator E.h.

Hauptgeschäftsführer: Dr. Peter Witterauf

Verantwortlich: Christian J. Hegemer, Leiter des Instituts für Internationale Zusammenarbeit

Tel. +49 (0)89 1258-0 | Fax -359

E-Mail: [ijz@hss.de](mailto:ijz@hss.de) | [www.hss.de](http://www.hss.de)